

## Editorial

Der Zweite Weltkrieg ist nicht nur eine der zentralen Zäsuren für die Geschichte des 20. Jahrhunderts, sondern auch für die Geschichte des Kommunismus. Dies wurde im Frühjahr 2005 erneut offenkundig, als der 60. Jahrestag seines Endes in Europa Anlass für eine vielfältige historische Rückschau gab. Dem Gründungsdirektor des Deutschen Historischen Instituts in Moskau, Bernd Bonwetsch, gelingt es in seinem Einleitungsbeitrag für das Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2005, die Auswirkungen und unmittelbaren Folgen des Zweiten Weltkrieges für die Sowjetunion außergewöhnlich facettenreich zu umreißen. Wer immer sich künftig mit der sowjetischen Nachkriegspolitik, der Sowjetisierung Osteuropas und dem Kalten Krieg beschäftigt, sollte auf die in diesem Artikel zusammengefassten Erkenntnisse aufbauen.

Weist Bonwetsch bereits auf die vielfältige Mythologisierung des »Großen Vaterländischen Krieges« in der russischen Historiographie und Publizistik hin, analysiert Jan Foitzik, Mitherausgeber des Jahrbuchs, die derzeit in Gebrauch befindlichen russischen Lehrbücher zur europäischen Nachkriegsgeschichte – insbesondere die Darstellung des »Westens« und der Geschichte der sowjetischen Satellitenstaaten nach 1945. Seine Befunde: Die meisten Bücher weisen nicht nur methodische Defizite auf, sondern auch zahllose historiographische Fehler. Die dort vermittelten Geschichtsbilder erweisen sich zudem als bedenklich. Positiv hebt Foitzik hervor, dass in den russischen Lehrbüchern der Trend der Pluralisierung der Geschichtswissenschaften aus den 90er Jahren anhält. Der Jahrestag des Kriegsendes und seine Inszenierung im heutigen Russland – 1995 unter Boris Jelzin und 2005 unter Wladimir Putin – ist Gegenstand einer Analyse des Gießener Soziologen Andreas Langenohl.

Österreich konnte im Jahr 2005 nicht nur Rückschau auf den 60. Jahrestag des Kriegsendes halten. Am 15. Mai vor 50 Jahren wurde zudem der Österreichische Staatsvertrag abgeschlossen. Damit endete für die Alpenrepublik eine zehnjährige Besatzungszeit. Der Beitrag der Grazer Historiker Stefan Karner und Peter Ruggenthaler befasst sich mit der außenpolitischen Dimension der Stalinschen Österreich-Politik seit dem Jahr 1938, während Wolfgang Mueller (Wien) die sowjetisch-österreichische »Innenpolitik« und das Zusammenwirken von sowjetischer Besatzungsmacht und KPÖ in den Blick nimmt. Beide Beiträge basieren auf neu erschlossenen russischen Archivquellen.

Mit einem Länderschwerpunkt Südosteuropa setzt das Jahrbuch 2005 einen weiteren thematischen Akzent. Der slowenische Soziologe Sergej Flere stellt in seinem Beitrag den Aufstieg und den Niedergang einer gesamtjugoslawischen Orientierung der jugoslawischen Bevölkerung dar, die sich unabhängig von der Partei- und Staatsideologie herausgebildet hatte. Der Berliner Schriftsteller und Journalist William Totok hat durch umfangreiche Studien in den Securitate-Archiven einen stalinistischen Prozess rekonstruiert, der auch unter Spezialisten für rumänische Zeitgeschichte unbekannt ist: die Spitzen der katholischen Kirche in Rumänien wurden 1951 zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Ulf Brunnbauers Studie zur Familienpolitik in Bulgarien zwischen 1944 und 1989 führt das Scheitern des kommunistischen Anspruchs auch auf diesem Gebiet vor Augen.

In der Rubrik »Biographische Skizzen« porträtiert Endre Kiss den einstigen ungarischen Parteichef und Ko-Initiator der Schauprozesse in Ostmittel- und Südosteuropa nach 1945, Mátyás Rákosi, auf der Grundlage seiner mittlerweile veröffentlichten Autobiographie. Ulrich Mähler, Mitherausgeber des Jahrbuches, ist es in einer ausführlichen biographischen Skizze eines unbekanntem Berliner Kommunisten gelungen, die große Geschichte der SED im Kleinen zu erzählen.

Ein »Dauerthema« des Jahrbuches für Historische Kommunismusforschung bleibt der »Große Terror« von 1937/38 in der Sowjetunion. Wladislaw Hedeler rekonstruiert das Schicksal deutscher Emigrantinnen, die gemeinsam mit tausenden Ehefrauen und Kindern so genannter »Vaterlandsverräter« in Sippenhaft genommen und in ein Sonderlager nach Kasachstan verbracht wurden.

Die Geschichte der Liebknecht-Luxemburg-Demonstrationen, zu denen die KPD und die SED jährlich zwischen 1920 und 1989 um den 15. Januar aufriefen, schildert Barbara Könczöl. Giandomenico Bonanni erweitert anhand neuer Quellen das Wissen um die Entstehung der DDR-Verfassung von 1968 und schildert die Schwierigkeiten der SED-Führung, der Gesellschaft ihren instrumentellen Menschenrechtsbegriff zu oktroyieren.

In der Rubrik »Forum« bewertet Peter Steinbach das *Schwarzbuch des Kommunismus 2*. Gerd Koenen nimmt zur aktuellen Debatte um Rudi Dutschke Stellung und Andreas Förster geht dem ersten Kontakt von SED und RAF im Jahr 1970 nach. Am Ende des Jahrbuchs finden sich, wie stets, Sammelrezensionen zu wichtigen Neuerscheinungen der Kommunismusforschung. Das Jahrbuch enthält zudem den *International Newsletter of Communist Studies XI (2005), no 18*, der von Bernhard H. Bayerlein herausgegeben und redaktionell betreut wird.

Berlin, Ende Juni 2005

Die Herausgeber